

(Abgeordneter Mißschke [Deutscher].)

(A) Meine Partei und auch die früheren liberalen Fraktionen des Hauses haben stets volles Verständnis für Bedeutung und Bedürfnisse der Landwirtschaft gezeigt, und wir müssen entschieden dagegen Einspruch erheben, wenn der Herr Abgeordnete Hojmann mit seinem „Na, na!“ Zweifel gegenüber dieser Versicherung zum Ausdruck bringt. Ich bedaure, daß der Herr Abgeordnete Schmidt nicht im Hause ist. Ich würde sonst die Frage an ihn stellen, woher er die Stirn nimmt, während des Wahlkampfes in Zeitungsartikeln zu behaupten, daß die Druschprämie auf Beeinflussung der Demokraten zurückzuführen ist? Wir haben sie bekämpft, das weiß der Herr Abgeordnete Schmidt, und trotzdem geht er ins Land hinaus und behauptet das Gegenteil. Es muß um die guten Gründe der Deutschnationalen Partei zur Bekämpfung anderer politischer Parteien sehr schlecht bestellt sein, wenn ihre Führer zu derartigen Unwahrheiten im Wahlkampfe greifen müssen.

Im Zusammenhange hiermit ist auch darauf hinzuweisen, daß es Pflicht der Regierung ist, dafür zu sorgen, daß in bezug auf die neuere Kolonisation eine andere Gangart eingeschlagen wird als bisher. Wenn diese Frage in Sachsen auch nicht von so großer Bedeutung ist, so haben wir doch als Zuschußgebiet außerordentliches Interesse daran, wie sich die Dinge in dieser Beziehung im Reiche entwickeln. Wir haben im Osten den Zustand zu verzeichnen, daß über die Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche in Händen des Großgrundbesitzes ist. Das ist ein ungesunder Zustand, wenn wir Lehren aus der Kriegszeit ziehen, und wenn wir Statistiken heranziehen, die uns zeigen, daß der Ertrag der Fläche, die im Besitz der selbst arbeitenden bäuerlichen Familie ist, größer ist als der Ertrag der Fläche, die nur einen Herrn und viele noch dazu landfremde polnische und ruthenische Knechte hat.

Handel, Gewerbe und Industrie haben während des Krieges außerordentlich unter den Kriegsgesellschaften gelitten, und nicht nur diese Berufsstände, sondern das ganze deutsche Volk wird dann erst wieder bessere Tage sehen, wenn die Kriegsgesellschaften abgebaut haben. Aber das ist das Unglück, daß sie nicht verschwinden wollen, daß sie nicht sterben können.

Wir wissen genau, daß wir die zwangsartige Wirtschaft nicht entbehren können, solange nicht Angebot und Nachfrage in einem annehmbaren Verhältnis stehen. Wir sind aber der Meinung, daß sie sich auf die notwendigsten Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfes zu beschränken hat. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, der praktische Kaufmann solle wieder zur Geltung kommen. Wir begrüßen diesen Grundsatz, denn

wir sind der Meinung, daß es im allgemeinen Interesse liegt, wenn der freie Handel bald in sein volles Recht eingesezt werden kann. (A)

Der Mittelstand hat im Kriege ganz besonders gelitten. Die Stellung unserer Fraktion zu unserem kaufmännischen gewerblichen Mittelstand ist erst vor wenigen Tagen hier dargelegt worden, so daß wir nicht nötig haben, uns über diese Frage näher auszusprechen. Wir halten einen starken und lebensfähigen Mittelstand für eine Staatsnotwendigkeit. Wir bedauern, daß in bezug auf den Mittelstand hier und da in Sachsen Maßnahmen getroffen werden, die für ihn schädigend wirken müssen. In Leipzig hat die Stadtverordnetenversammlung Beschlüsse gefaßt, die dahin gehen, ganze Zweige des Mittelstandes ihrer Selbständigkeit zu berauben. Ich verweise ferner auf einen Vorgang, der durchaus nicht mittelstandsfreundlich gedacht ist und sich ebenfalls in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung ereignet hat. Dort war in Aussicht genommen, die Wurstbereitung wieder den Fleischermeistern zu übergeben, schon um 320 Fleischergefellern, die keine Arbeit hatten, wieder zu beschäftigen.

(Zuruf bei den Unabhängigen: Wer macht denn jetzt Wurst?)

— Der Beschaffenheit nach vielleicht Sie! — (D)

(Heiterkeit rechts.) (B)

Man hat gesagt, es gehe nicht an, für unproduktive Arbeiten Geldausgaben zu machen. Halten Sie die Arbeitslosenunterstützung, die für diese 320 Leute gezahlt werden muß, für etwas Produktives?

Auch in bezug auf die Industrie hat die Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Das ist erfreulich zu begrüßen. Sachsen ist als ein Industrieland anzusprechen, und vielleicht kein Volk der Welt ist von der großen Welt draußen so abhängig wie unser Sachsenland. Wir haben auf einen verhältnismäßig kleinen Raum eine große Menschenzahl zu ernähren. Der Grund und Boden ist nicht imstande, diesen annähernd fünf Millionen Menschen Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu geben. Es gilt also, unserer Einwohnerchaft Arbeitsgelegenheit und Verdienst zu schaffen, und diese Aufgabe hat bisher in zufriedenstellendem Maße unsere sächsische Industrie erfüllt. Sie wird sie auch in Zukunft lösen können, wenn man ihr die notwendige Bewegungsfreiheit gibt.

Es ist einmal gesagt worden: Wenn wir nicht Waren exportieren, dann müssen wir Menschen an das Ausland abgeben. Wir wollen doch eine vernünftige Bevölkerungspolitik treiben. Da meinen wir, daß der oberste Grund-